

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Koblenz und Erscheint
Johannisstraße 33.
Preiskonten der Redaction:
Perannuität 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Kaufpreis 15, 250.
Abonnementpreis viertel 4 1/2, halbjährlich 8, wöchentlich 1 1/2.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postförderung 26 Pf.
mit Postförderung 46 Pf.
Jahres 46 Pf. Courtois 20 Pf.
Größere Schriften laut unse-
rer Preisverzeichnisse. — Labels
nach höherem Tarif.
Kleinere unter d. Redaction
die Spalte 40 Pf.
Interate sind nach an d. Expedi-
tion zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postnachschuß.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No 300.

Sonnabend den 27. October 1877.

71. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag den 28. October nur Vormittags bis 9 Uhr
geschlossen.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung,

die für dieses Jahr vom 22. bis spätestens den 27. dieses Monats einzu-
reichenden Hausbewohnerverzeichnisse betreffend.

Beauftragt der zufolge einer General-Verordnung des Königl. Finanz-Ministeriums vom
27. September dieses Jahres demnach zu bewirkenden Aufstellung der Ortskataster für die Ge-
werbe- und Personalsteuer auf das Jahr 1878 macht sich die Einforderung der Haus-
bewohnerverzeichnisse wie in den früheren Jahren notwendig und werden die Haus-
besitzer und deren Stellvertreter, wie auch insbesondere die Inhaber von Mietverhältnissen und
deren Abmieter hierdurch aufgefordert, die in der den Hausstätten beigegebenen Bekanntmachung
enthaltenen Vorschriften gewissenhaft zu beobachten, da außerdem die in §§. 9 und 10 gedachter
Bekanntmachung angeführten Nachtheile für die Beteiligten eintreten können.

Falls die behändigten Formulare von Hausstätten und Bekanntmachung unzureichend sind, werden
ergänzt bei der Stadt-Steuereinnahme — Ritterstraße 15, Georgenhalle,
2 Treppen links — allwo auch die ausgefüllten Hausbewohnerverzeichnisse abzugeben
sind, verabreicht.

Leipzig, den 17. October 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Laube.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit von § 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und
Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1865 machen wir bekannt, daß der Klempner
Herr Carl Wagner, Brandenburgerstraße Nr. 98,
zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der erforderlichen Vor-
richtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, am 24. October 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hartwig.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit von § 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und
Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1865 machen wir bekannt, daß der Klempner-
meister
Herr Johann Carl Theodor Müller, Raststädter Steinweg 14,
zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der erforderlichen Vor-
richtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, am 24. October 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hartwig.

Bekanntmachung.

Die Abtheilungen Nr. 11 und 15 der Fleischhalle am Hospitalplatz
d. 3 an gegen dreimonatliche Kündigung an die Mietwillenden anderweit vermietet werden und
fordern wir Mietwillige hierdurch auf, sich in dem auf
Sonnabend, den 3. November d. J., Vormittags 11 Uhr,
anberaumten Versteigerungstermine an Rathshofe einzufinden und ihre Gebote zu thun.
Die Versteigerungs- und Vermietungsbedingungen liegen ebenfalls schon vor dem Termine
zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 20. October 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Geratti.

Die internationale Organisation des Socialismus.

R. V. Der socialistische Weltcongrès in Gent vom 9. bis 16. September d. J. hat außer der Enthüllung der letzten Ziele der Partei in Beziehung auf das Eigentum, die er gebracht, noch ein sehr wichtiges Resultat erzielt: nämlich die Herstellung einer internationalen Organisation der Socialisten aller Länder zu einer nach einem Ziele strebenden, geschlossenen und nach einem gemeinsamen Plane marschierenden Armee. In der Schlussfällung des Congresses vom 15. September wurde von den Delegirten der socialistischen Arbeiterorganisationen Englands, Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz und Italiens ein „Solidaritätspact“ zum Zweck einer allgemeinen Union des Socialismus unterzeichnet, gemäß dessen, „da die sociale Emancipation von der politischen untrennbar sei, da das Proletariat, als selbstständige, mit allen von den bestehenden Klassen gebildeten Parteien in Opposition stehende Partei organisiert, jedes politische Mittel ergreifen müsse, welches zur Befreiung aller seiner Glieder führen könne, da der Kampf gegen jede Klassenherrschaft unabweislich sei und der Erfolg von der Bekämpfung und dem Zusammenwirken der Organisationen der verschiedenen Länder abhängig“ — die Delegirten beschloßen, daß sich die von ihnen vertretenen Organisationen in allen ihren ökonomischen und politischen Beziehungen gegenseitig moralisch und materiell zu unterstützen haben, und zu diesem Zweck ein Bundesbureau bilden, welches bis zum nächsten Congreß seinen Sitz in Gent haben soll.

Dieses Bundesbureau nun, die gemeinsame Centralbehörde der internationalen Organisation der socialistischen Partei, hat gleichzeitig mit der Veröffentlichung des internationalen Solidaritätspactes ein „Manifest an die socialistischen Arbeiterorganisationen aller Länder“ erlassen, welches die in jenem angebotenen Ideen näher ausführt. Die enge Vereinigung der Proletarier aller Länder, die politische internationale Organisation des Proletariats der „Klasse der Entbehrten“, als einer großen, von allen „Vorgeschickten“ scharf abgegrenzten politischen Partei, die energischste gemeinsame politische Agitation, damit die gegenwärtige Gesellschaftsorganisation gleichzeitig von allen Seiten und mit allen Mitteln, über die man verfügen könne, angegriffen werde, — das ist das Grundthema, welches das Manifest mit leidenschaftlicher Bedeutsamkeit und geschickter Berechnung ausführt, die nicht verfehlen wird, auf manche Leser Eindruck zu machen. Besonders wird zur praktischen Bethätigung in der politischen Arena aufgefordert, die sich in alle Richtungen des öffentlichen Lebens zu bemühen; habe doch die deutsche Socialdemokratie nur dem Umstand, daß sie auf allen Gebieten, der Politik, der Wissenschaft und der Delonomie den Kampf führe, die politische Organisation und die geistige Regsamkeit, durch die sie sich auszeichne, zu verdanken. Alle Arbeiter demnach, die noch nicht gruppiert sind, sollten sich zusammenschließen und die, welche es auf dem ökonomischen Gebiet organisiert sind, sollten in die politische Arena herabsteigen, der Sieg, auf dem einen Kampfplatz erfochten, das Signal eines triumphalen Ausmarsches sein. Die aber der endgültige Triumph, das Ziel des Socialismus, nämlich die Auf-

rottung der Unwissenheit, der Ungerechtigkeit und des Privilegiums, des Elendes und Hungers der Arbeitenden, des Wohlbestehens und Uebereinstimmens, die Nichts produciren, erreicht sei, müßten erst die Schranken, die den Weg versperren, niedergeworfen und provisorische Einrichtungen, die dem Ziele näher brächten, eingeleitet werden; zu diesem Zweck sei ein ganz besonders wichtiges Mittel die parlamentarische Agitation. Darum müßten die Arbeiter in den Ländern, wo sie das Wahlrecht noch nicht haben, Alles anstreben, um dasselbe zu erlangen; das Parlament sei eine Tribüne, von der herab der socialistische Abgeordnete zu dem ganzen Lande spreche und so das Bürgerthum und die Arbeiter zwingt, sich mit der socialen Frage zu beschäftigen; die Wahlbewegung und die öffentliche Discussion über die socialistischen Candidaturen bringe die sociale Frage vor die ganze Gesellschaft, selbst wenn der Candidat unterliege.

So hätte also die socialistische Verschwörung nun eine alle Länder, die ganze gegenwärtige Gesellschaft umfassende an allen Punkten und von allen Seiten bedrohende Gestalt angenommen. Die „rote Internationale“ stellt nun da als eine organisierte und disciplinierte, zu materieller gegenseitiger Unterstützung festverbundene Weltverbänderung, gleichsam als ein riesiger Polyp, der die Fingerglieder, mit denen er die bestehende Gesellschaft umgarnen und erwidern will, in alle Länder hineinreckt und von allen Richtungen her ansetzt. Diese socialistische Weltverbänderung soll wirken mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen — wogegen — also nicht nur mit „gesetzlichen“ wie es der Vorsicht halber in den bisherigen Erlassen der deutschen Socialisten noch gewöhnlich hieß. Das „Proletariat“, die „Entbehrten“, sollen als eine allen anderen Gesellschaftsklassen feindlich gegenüberstehende Armee organisiert werden, die sich in allen Ländern ausbreiten und mit allen Mitteln danach streben soll, sich eine politische Machtstellung zu erringen; Herrschaft des Proletariats ist also das Endziel aller Bestrebungen — auch in dieser Beziehung hat der Weltsocialistencongrès eine dankenswerthe Enthüllung gebracht. Confiscation alles Privat-Eigentums an Grund und Boden und an Capital und Herrschaft des Proletariats — durch alle Mittel zu verfolgende Ziele! Und als wichtiges Mittel dazu die parlamentarische Agitation. Darum also die jetzt so lebhaft hervortretende Bewegung zur Erringung von Landtagsmandaten in den Einzelstaaten, welche der Partei im Fürstenthum Rumänien und im böhmischen Wahlkreis in Schaffau (Stollberg) durch die Uneinigkeit und Zerfahrenheit der Ordnungsparteien in den letzten Tagen zum Siege verholfen hat. Wachsender Rath wird die Folge dieser Siege sein und wir werden bei allen Landtagswahlen der nächsten Zeit eine energische Entfaltung der socialistischen Agitation zur Erlangung von Mandaten sehen; denn wenn auch der Census und der indirecte Wahlmodus ihr Hindernisse in den Weg stellen — die sociale Frage wird dadurch, wie es in dem Manifest heißt, fortwährend vor die ganze Gesellschaft gebracht und die letztere in Athem gehalten.

Die immer stärker hervortretende Trennung der Gesellschaft in zwei feindliche Lager — Das wird die nächste Zukunft als die Folge des Beschlusses des socialistischen Weltcongresses bringen. „Die Erhaltung und befönnene Fortbildung des Bestehenden“ — „die Umsturz“, wird es heißen;

welche von beiden Parteien aber hat sich bis jetzt als die rührigere, energichere und zielbewusstere bewiesen? Und wohin soll es nachkommen, wenn die gegenwärtige Zerfahrenheit unter den Ordnungsparteien fort dauert?

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 26. October.

Ueber den Geraer Congreß bemerkt die „Magdeburger Zeitung“:

Seine Physiognomie erhielt der Congreß durch die Verhandlungen über das Programm und die Statuten. Auf einer Seite war man so offen, das Ausschließliche „anti-socialdemokratisch“ zu verwerfen; aber es gelang, die Majorität der Versammlung zur Aufrechterhaltung jenes Beweises zu bestimmen. Die Führer stritten den Vorwurf der Inconsequenz so wenig, daß sie in demselben Abzweigen die Vereinigung mit den Conservativen zur Bekämpfung der Socialdemokratie verwarfen. Gegen die Nationalliberalen ließ man etwas mehr Rücksicht walten. Zwar fand sich ein solches terribles, welches kurzweg erklärte, ein Zusammenwirken der Fortschrittler und der Nationalliberalen sei unmöglich; jedoch glaudte der Präsident diesem Ausschluß durch Ermahnungen zur Mäßigkeit die Spitze abbrechen zu müssen und zu können. Die Wahrheit fand aber nicht nur in den Beratungen, sondern auch in dem Ergebnis der Verhandlungen ihren Ausdruck: der Standpunkt der Berliner Bezirksvereine waltet, wenn auch nicht ohne Widerspruch, so doch maßgebend in dem sogenannten „anti-socialdemokratischen Congreß.“ In dessen nicht nur die faulste Klage, unter welcher der Congreß segelt, auch die Führerschaft erregte Wirrtrauen. Dr. Max Hirsch, der mit seiner Thätigkeit in dem Landenburger Streit so viel zur Bekämpfung der socialen Gegensätze beigetragen hat, wird, wenn überhaupt, so doch sicher außerhalb des Kreises seiner nächsten Parteigenossen nicht für den geeigneten Mann gelten, die an die Gründung des Congresses so festgewöhnte gewöhnlichen Verfassungen zu errichten.

Der Abgeordnete von Bodum, Dollfus, während der Conflictzeit bekanntlich Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, seit Auflösung des linken Centrums seiner parlamentarischen Partei mehr angehörig, bezieht im nächsten Monat das 25-jährige Jubiläum seines Eintritts in die parlamentarische Laufbahn. Wie man mittelt, beabsichtigen die näheren Freunde des Herrn v. Bodum-Dollfus, den Tag in feierlicher Weise zu feiern.

Mit einiger Spannung sieht man in Preußen dem Gesekentwurf über die Communalverwaltung entgegen. Nach der Theorie mußte man annehmen, daß dieser Entwurf, der in derselben als „das Resultat sorgfältiger Erhebungen und eingehender Erwägungen“ bezeichnet wurde, vollständig fertig sei. Jetzt werden officiöserweise Andeutungen gemacht, als ob er im Staatsministerium noch nicht zum Abschluß gebracht sei. Man ist demnach noch gar nicht in der Lage, sich von dem Gesekentwurf eine klare Vorstellung zu machen, und kann auch nicht wissen, wie weit er mit dem vor zwei Jahren veröffentlichten Entwurf übereinstimmen wird. Inzwischen zeigt sich immer mehr, mit welchen Schwierigkeiten die Vorlage zu kämpfen haben wird. Von besonderem Interesse sind in dieser Beziehung die soeben von dem Landesökonomio-Collegium über diese Frage gepflogenen Verhandlungen. Die am Schluß derselben angenommene Resolution enthält eine einschneidende Verurteilung des Systems der ausschließlichen Zuschläge zu den Staatssteuern, d. h. desjenigen Systems, aus welchem der frühere — freilich nur vorläufige — Entwurf des Ministeriums des Innern beruhte. Es ist kein Zweifel, daß diese Verurteilung bei Männern der verschiedensten

Parteien Anklang und Unterstützung findet. Erwägt man die einschneidenden Wirkungen, welche die Beseitigung der Communalabgaben ausschließlich auf die Zuschläge zu den Staatssteuern namentlich in den neuen Provinzen haben würde, so wird die Opposition aus städtischen wie aus ländlichen Kreisen allerdings begreiflich. Ueberhaupt aber muß man zugeben, daß im gegenwärtigen Augenblicke wo die Ansichten über das beste System der Aufbringung der Staatssteuern stark in Gährung sind, die Frage der besten Art der Communalverwaltung kaum als sprachreif gelten kann. Man wird also dem angeführten Gesekentwurf nicht gerade ein günstiges Prognostikon stellen dürfen.

Ueber die handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland erzählt das Wiener „Freundenblatt“, daß der Gedanke, auf Grund des ablaufenden Vertrags ein einjähriges Provisorium zu etablieren, als ausgeschlossen zu betrachten sein dürfte; übrigens seien alle Differenzen ausschließlich wirtschaftlicher Natur. Für das nunmehr notwendige Uebergangsstadium werde, wenn dasselbe auf Grund des handelspolitischen Status quo errichtet werde, eine Halb-jahresdauer keinesfalls überschritten werden und dürfte sodann ein autonomer Tarif in Wirksamkeit treten. Die betreffende Vorlage werde sowohl die von Janatieren des Freilandels angestrebten: Verbüchigungen widerlegen, als auch den unterschiedenen Sachverständigen Entwürfen bereiten.

Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Unsere Pesterburger Briefe melden den Entschluß Rumänlands, den Krieg bis zur Erreichung der vorgezeichneten Ziele fortzusetzen, und die uns zugegangenen Berichte aus Konstantinopel schildern lebhaft die dort eifrig betriebenen Kriegsvorbereitungen, indem sie zugleich betonen, daß die Türkei gedente, den Vertheidigungskrieg bis zum äußersten fortzusetzen.

Der tatsächliche Waffenstillstand, der zwischen den politischen Parteien Rumänien seit dem Eintritt des Fürstenthums in die kriegerische Action herrschte, dürfte nachherde an längsten gedauert haben. Aus ihrer Balkanreise Quelle fließt der Wiener „Pol. Corr.“ die Nachricht zu, daß vor einigen Tagen in Bukarest mehrere hervorragende Mitglieder aller Schattierungen der conservativen Partei zu einer sehr ernstlichen Verhandlung zusammentraten. Es wohnten der Versammlung bei Fürst Demeter Ghila, Peter Radogheni, Basilie Doresca, Titu Majoresca, General Floresca u. im Ganzen 27 Personen. Gegenstand der Verhandlung war die Frage, unter welcher Form gegen die zu abenteuerliche Politik der jetzigen Cabinets Protest zu erheben sei? Man sprach sich in der Versammlung einstimmig und entschieden gegen die fernere Bethätigung der rumänischen Armee an aggressiven Vorgehen gegen die Türkei aus und ebenso entschieden gegen eine etwaige spätere Stellung Rumänien, welche dieses Land in eine zu nahe Beziehung zu irgend einer Macht bringen würde. Ferner einigten sich alle Anwesenden in dem Entschlusse, im gegenwärtigen Moment, mit Rücksicht auf die außerordentlichen Verhältnisse, mit welchen das Land heute zu kämpfen hat, von jeder Action Umgang zu nehmen, die nach irgend einer Seite hin denruhigend wirken könnte, dagegen aber schon jetzt mit einem Programm vor die Öffentlichkeit zu treten, nach welchem eine Befreiung Rumänien gewünscht wird, die diesem Lande, unabhängig von der Türkei, eine Neutralität sichern soll, welche den